



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

25. hét

2018.06.18.

ZUSAMMENFASSUNG

- Minister Miklós Kásler möchte strukturelle Veränderungen zunächst einmal im Gesundheitswesen vornehmen. Die Reform des Versorgungssystems ist ebenso notwendig, wie ein Zurückdrängen der klinischen Infektionen und die Stimulierung einer gesunden Lebensweise.
- In den kommenden zwei Wochen können die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten wichtige politische Entscheidungen auf europäischer Ebene treffen. Die Abstimmung der Standpunkte hält seit Wochen an, in Ungarn und anderswo fanden zahlreiche bilaterale und multilaterale Treffen statt.
- Der Haushaltsentwurf für 2019 wurde dem Parlament vorgelegt. Die Regierung rechnet mit steigenden Einnahmen, schichtet die Ausgaben um und weitet den Betrag der Sicherheitsreserven aus.
- Aus dem Duell zwischen Attila Mesterházy und Bertalan Tóth um den Parteivorsitz der MSZP ging am Wochenende auf dem Parteitag der Sozialisten der aktuelle Fraktionsvorsitzende als Sieger hervor. Wie lange sein Mandat von Bestand sein wird, dürfte entscheidend vom Ausgang der im kommenden Jahr anstehenden Kommunalwahlen abhängen.
- Nahezu die Hälfte der Einwohner der mitteleuropäischen Länder hat eher eine positive Meinung von den Vereinigten Staaten von Amerika und von Russland, geht aus einer Meinungsforschung des Nézőpont-Instituts hervor.

REGIERUNGSMELDUNGEN

IM GESUNDHEITSWESEN KÖNNTEN STRUKTURELLE VERÄNDERUNGEN FOLGEN

Der Leiter des Ministeriums für Humanressourcen, Miklós Kásler, sieht die dringendsten Veränderungen im Gesundheitswesen als notwendig an. Dazu sollen die Fundamente des Gesundheitswesens auf eine neue Basis gestellt werden, mit der Betonung auf der Prophylaxe. Im Rahmen dessen wird ein Aktionsprogramm der Volksgesundheit gestartet.

An Stelle der bisherigen vier werden drei Staatssekretäre im Gesundheitsstaatssekretariat des Ministeriums für Humanressourcen tätig sein. Aufgabe dieser drei Staatssekretäre wird die fachliche Leitung und Beaufsichtigung des Gesundheits-Versorgungssystems, die Überprüfung der wirtschaftlichen und Finanzprozesse im Versorgungssystem sowie die Kontrolle des Nationalen Fondsverwalters der Krankenversicherung sein. Die Durchleuchtung des finanziellen und wirtschaftlichen Versorgungssystems der Krankenhäuser dient dazu, die Hintergründe des Schuldenmanagements aufzudecken. Vor 2010 häuften die Krankenhäuser enorme Schuldenberge an, welches Problem bis heute nicht vollständig geklärt ist. Was die Höhe der Schulden anbelangt, gab es seither Fortschritte, denn das Schuldenniveau von 130 Milliarden Forint des Jahres 2010 wurde bis heute auf 27 Milliarden Forint reduziert. Wie überall auf der Welt stellt auch in Ungarn die hohe Zahl an Infektionen in Krankenhäusern ein Problem dar. Um diesem Problem beizukommen, wurde mit der Implementierung eines landesweiten Systems begonnen, das methodische, Aktions- und Aufsichtspläne umfasst. Mit diesem System soll eine verbesserte Patientensicherheit gewährleistet werden.

Für die Entwicklung der Budapester Krankenhäuser werden in den kommenden Jahren 700 Milliarden Forint an Ressourcen bereitgestellt, die für Entwicklungsmaßnahmen, Modernisierungen und Bauprojekte veranschlagt sind. Die Regierung möchte die Lohnerhöhungen für die Mitarbeiter im Gesundheitswesen fortsetzen, sowie Berufsanfängern erhebliche Förderungen zuteilwerden lassen. Die Unterstützung der Ausbildung von Fachpflegern, eine Verbesserung ihrer Wohnbedingungen und der Umstände für Familiengründungen befinden sich ebenso unter den Prioritäten. Bei der Ausgestaltung der neuartigen Strukturen steht im Mittelpunkt, Krankheiten vorzubeugen sowie das Gesundheitsbewusstsein und die Lebensweise der Bevölkerung zu verbessern. Das Ministerium hat mit der Vorbereitung eines Aktionsprogramms der Volksgesundheit begonnen, das die Auflage der 5 Nationalen Gesundheitsprogramme umfasst. Zielstellungen sind Prophylaxe und strategische Behandlung von Erkrankungen der Herzkranzgefäße, von Tumoren, orthopädischen Fehlentwicklungen, von Kinderkrankheiten und mentalen Problemen. Die Ergebnisse dieser neuen Anschauung werden sich erst mit der Zeit einstellen – der Erfolg einer dermaßen tiefeschürfenden Umstellung kann sich unter Umständen erst innerhalb einer Generation niederschlagen.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

PÉTER SZIJJÁRTÓ HAT SICH MIT DEM DEUTSCHEN BUNDESAUSSENMINISTER HEIKO MAAS ABGESTIMMT

Die Stärkung der deutsch-ungarischen bilateralen Beziehungen sowie eine Annäherung der Standpunkte war die wichtigste Zielstellung des Treffens der Außenminister der beiden Länder. Daneben wurde vermutlich auch das Verhältnis der Europäischen Union zu Russland zur Sprache gebracht.

Der russische Präsident Wladimir Putin traf am vergangenen Donnerstag in Wien aus Anlass des 50. Jubiläums des russischen Gaslieferabkommens mit führenden Politikern Österreichs zusammen. Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, gab in diesem Zusammenhang eine Erklärung über die Stärkung der Beziehungen EU-Russland ab, während zur gleichen Zeit die Vereinigten Staaten Handelsbeschränkungen zu Lasten Europas einführten.

In dieser zugespitzten internationalen Atmosphäre kam es zum Treffen des deutschen mit dem ungarischen Außenminister, bei dem die Klärung der Beziehungen der Europäischen Union zu Russland ebenfalls ein Thema gewesen sein dürfte. Unbeeindruckt von den in ihrem Niveau sehr schwankenden politischen Beziehungen zeigte sich die wirtschaftliche Kooperation zwischen Deutschland und Russland im Verlauf der letzten Jahre ungebrochen, wobei die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Russen konsequent durch den ungarischen Standpunkt anerkannt wurde. Die jüngsten internationalen politischen Ereignisse dürften sehr wahrscheinlich auch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union in diese Richtung bewegen. Das bilaterale Gespräch brachte zahlreiche konkrete Ergebnisse:

- Man verständigte sich auf den Start ungarisch-deutscher Entwicklungsprojekte in der Wasserwirtschaft.
- Ungarn unterstützt unter den nichtständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates die Kandidatur der Deutschen für ein künftiges ständiges Mandat im Sicherheitsrat.
- Die wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde zwischen 2014 und 2018 durch 63 deutsche Großinvestitionen in Ungarn weiter gestärkt.
- Am Jahresende findet in Budapest das nächste Deutsch-Ungarische Forum statt.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

DIE REGIERUNG HAT DEN HAUSHALTSENTWURF FÜR DAS KOMMENDE JAHR EINGEREICHT

Die Regierung plant laut Haushaltsentwurf für 2019 die Haushaltsreserven anzuheben, das Defizit niedrig zu halten, die Staatsschulden zu senken und die Ausgaben umzugruppieren. Bei der Mehrwertsteuer (ÁFA) und der Einkommensteuer (SZJA) rechnet sie mit beträchtlich mehr Einnahmen.

Dem eingereichten Vorschlag zufolge beläuft sich die Einnahmenhauptsumme im Zentralhaushalt auf 19.580,1 Milliarden, die Ausgabenseite auf 20.578,5 Milliarden Forint. Diese Zahlen übersteigen die

Angaben von 2018 um 4,4 respektive 2,3 Prozentpunkte. Wie schon in den vergangenen Jahren plant die Regierung erneut einen operativen Haushalt mit einer schwarzen Null. Die Ausgabensumme im investiven Haushalt nimmt gegenüber 2018 um 13,1 Prozent zu, die Summe des Haushalts der Entwicklungsgelder der Europäischen Union fällt derweil um 19,1 Prozent zurück. Die Regierung möchte den Anteil der Staatsschulden am BIP mit Stand 31. Dezember 2019 auf 70,3 Prozent senken, welche Zahl durch ein Wachstum von 4,1 Prozent sichergestellt werden soll. Das geplante Budgetdefizit erreicht 1,8 Prozent, kalkuliert in Prozent am BIP.

Die Regierung möchte die für außerordentliche Maßnahmen der Regierung vorbehaltenen Reserven um 50 Prozent anheben, sowie die Rücklagen um 50,7 Prozent. Daneben werden die Einzahlungen Ungarns in den EU-Haushaltsrahmen um 13,6 Prozent steigen. Für die SV-Fonds werden laut Entwurf insgesamt 3,7 Prozent mehr Gelder bereitstehen, wobei konkret erwähnt werden sollte, dass die Einnahmen des Rentenversicherungsfonds im Gleichschritt mit der Inflation um 2,7 Prozent und die Einnahmen des Krankenversicherungsfonds um 5,3 Prozent zulegen werden. Im Haushaltsplan für das kommende Jahr bildet die Regierung Reserven für die Lohnerhöhungen der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, während zugleich die Ressourcen des Verteidigungsministeriums um 20 Prozent zunehmen werden. Was die Einnahmen anbelangt, kalkuliert der Entwurf im Zentralhaushalt mit einem Anstieg um 4,2 Prozent. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer dürften demnach um 8,1 Prozent, die Einnahmen aus der KATA (Pauschalsteuer für Mikrofirmen) um 20,1 Prozent zunehmen. Die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer (ÁFA) sollen um 11,6 Prozent höher ausfallen, was 2019 insgesamt 4.258,8 Milliarden Forint für den Staat bedeuten würde, während die Einnahmen aus der Einkommensteuer (SZJA) gar um 12,6 Prozent zulegen sollen.

Die Regierung senkt die Steuer auf die Sozialabgaben der Arbeitgeber von 19,5 auf 17,5 Prozent und hebt im Falle von Familien mit zwei Kindern die monatliche Steuervergünstigung auf 20.000 Forint pro Kind an. Im Falle der Beschäftigung von Rentnern sollen sämtliche auf ihr Arbeitsverhältnis anfallenden Abgabenleistungen entfallen.

Der Staatshaushalt wird auch 2019 dank des niedrigen Defizits und des erwarteten Wirtschaftswachstums wieder ausgeglichen ausfallen. Sinkende Staatsschulden möchte die Regierung ausgehend vom Vorbild der vorangegangenen Jahre einmal mehr auf dem Wege des Wachstums erreichen. Der steigende Verbrauch ist auch an den ständig zunehmenden Steuererlösen abzulesen, die in den Haushaltsentwurf eingestellt sind. Darüber hinaus werden die Einnahmen aus den Steuern aber auch im Ergebnis der Maßnahmen der Regierung zur Zurückdrängung der Schattenwirtschaft steigen können. Um das Wirtschaftswachstum zu stimulieren, wird ein überwiegender Anteil an den Entwicklungsgeldern dafür eingesetzt, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

PARTEIPOLITIK

BERTALAN TÓTH WURDE DER ELFTE VORSITZENDE DER UNGARISCHEN SOZIALISTISCHEN PARTEI

Nahezu als letzte unter den Oppositionsparteien hielt am vorigen Wochenende die MSZP ihren Parteitag zur Neuwahl der Leitungsgremien ab. Die Sozialisten erzielten im April das zweitschlechteste Wahlergebnis ihrer Geschichte – auch das machte die Einberufung des Parteitages erforderlich.

Das linke Bündnis MSZP-PÁRBESZÉD erhielt bei den jüngsten Parlamentswahlen 11,91 Prozent der Stimmen. Insgesamt erlangten diese Parteien 20 Mandate, weshalb sie ihre Fraktion lediglich als drittstärkste politische Formation bilden konnten. Quasi als politische Konsequenz aus dieser Entwicklung ist die jetzige Neuwahl der führenden Repräsentanten der MSZP zu verstehen. Von den ursprünglich fünf relevanten Kandidaten für den Parteivorsitz blieben bis zum Parteitag am Wochenende noch zwei übrig; letztlich traten Bertalan Tóth und Attila Mesterházy an, die Führung der Sozialisten zu übernehmen. Mesterházy war bereits früher, zwischen 2010 und 2014, Parteivorsitzender und gleichzeitig Spitzenkandidat für das Amt des Ministerpräsidenten. Bertalan Tóth trat als neu gewählter Fraktionsvorsitzender um den Posten an, wobei keiner der beiden Politiker in den vergangenen Jahren mit einer starken politischen Leistung auf sich aufmerksam gemacht hätte.

Nur wenige Tage vor dem Parteikongress zog Ágnes Kunhalmi ihre Kandidatur zurück. Die Ursache dessen könnte darin liegen, dass die von ihr repräsentierte Strategie, die Parteien des linken Lagers auf eine gemeinsame Plattform zu stellen, innerhalb der Partei keine ausreichende Unterstützung erhalten hatte. Infolgedessen entwickelte sich der Kampf um den Parteivorsitz zum Duell von zwei Kandidaten. Dabei ist es wichtig hervorzuheben, dass die Erneuerung der Parteiämter die Fähigkeit einer Partei unter Beweis stellt, sich innerlich zu rekrutieren. Die Tatsache, dass die Sozialisten abgesehen vom früheren Vorsitzenden und der Person von Bertalan Tóth keine neuen Akteure in den Ring schicken konnten, erscheint als Beleg, dass die MSZP mit Defiziten bei der internen Nachwuchsbasis zu kämpfen hat. Über die inhaltlichen Elemente der politischen Ausrichtung der beiden Kandidaten war vor dem Kongress nur wenig zu vernehmen. Auf den ersten Blick scheint es so, dass der neue Vorsitzende die Zielstellungen ausgab, das alte Image der Sozialisten wiederherzustellen und ein eigenständiges Erscheinungsbild zu stärken. Das politische Teilnehmerfeld im linken Spektrum ist jedoch überfüllt, denn neben LMP und DK versucht auch die zunehmend nach links driftende Jobbik, in diesem Wählerlager Anhänger für sich zu gewinnen, weshalb auf lange Sicht keine spürbaren Veränderungen in der sozialistischen Parteiführung und der gesellschaftlichen Einbettung der MSZP erwartet werden dürfen. Unter Umständen könnte nach den Kommunalwahlen mit der Vorbereitung des Projekts „Gemeinsam 2022“ begonnen werden.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

ZWISCHEN DER BEURTEILUNG DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA UND RUSSLANDS GIBT ES IN MITTELEUROPA KEINE WESENTLICHEN UNTERSCHIEDE

Aus einer Meinungsforschung des Nézőpont-Instituts in elf Ländern geht hervor, dass die Bürger Mitteleuropas unterm Strich einer Meinung in Bezug auf die beiden genannten Staaten sind, wobei es selbstverständlich Unterschiede in den Ansichten zwischen den einzelnen Ländern gibt. Der Standpunkt der ungarischen Bürger kann dabei ungefähr als eine Meinung des Mittelwegs betrachtet werden.

In Ungarn fällt die Beurteilung der Vereinigten Staaten leicht besser aus als jene Russlands aus. Über ersteres Land hatten 45 Prozent, über letzteres 38 Prozent der befragten Ungarn eine gute Meinung. Ausgehend von der Geschichte fiel gemessen am Durchschnittswert der Region die Beurteilung der USA in Polen, jene Russlands wiederum in Serbien besser aus. Zusammengefasst hatten 49 Prozent

der Mitteleuropäer „eher eine gute“ Meinung von den beiden Staaten, sowie 42 Prozent (im Falle der Vereinigten Staaten) beziehungsweise 41 Prozent (bei Russland) „eher eine schlechte“ Meinung.



Die Beurteilung der Vereinigten Staaten von Amerika und Russlands

Bitte teilen Sie uns mit, ob Sie eher eine gute oder eher eine schlechte Meinung von den folgenden Staaten haben!

Eher gut

Eher schlecht

k. M./k. A.

Tschechen Deutsche Polen Slowaken Österreicher Slowenen Ungarn Rumänen Kroaten Serben Bulgaren

Mittels telefonischer Befragung von 1.000 Personen je Land.

Die Daten der Umfrage wurden in 11 mitteleuropäischen Ländern erhoben.

Die Zahlenangaben verstehen sich in Prozent.

11. April – 11. Mai 2018

Was die Notwendigkeit einer Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den beiden Großmächten anbelangt, gehen die Meinungen der mitteleuropäischen Bürger ebenfalls auseinander. Mit Russland würden in erster Linie die Serben (81 Prozent) und die Bulgaren (71 Prozent), mit den Vereinigten Staaten vor allem die Rumänen (80 Prozent) und die Polen (61 Prozent) die politischen Beziehungen ihres Landes enger knüpfen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland würden hauptsächlich die Bürger der Länder des Balkans (87 Prozent der Serben, 81 Prozent der Bulgaren, 72 Prozent der Slowenen und 69 Prozent der Rumänen) ausweiten, während neben

den Polen (70 Prozent) hauptsächlich die Rumänen (zu 85 Prozent) und die Slowenen (65 Prozent) ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Amerikanern vertiefen würden.